

SPD BERLIN MÜLLERSTRASSE 163 13353 BERLIN

E-Mail berlin@spd.de
Telefon 030 4692-222

An
KulturerbeNetz.Berlin
Frau Roswitha Tohermes
c/o Studentendorf Schlachtensee eG
Wasgenstraße 75, 14129 Berlin
Per E-Mail:
Roswitha.Tohermes@studentendorf.berlin

Berlin, 26. August 2026

IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Sehr geehrte Frau Tohermes,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

1

I. Baukultur, Klimawende und Stadtentwicklung

1. Bauwende und Erhalt des Gebäudebestands

Frage: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Gebäudebestands gegenüber Abriss und Ersatzneubau zu stärken?

Berlin wächst. Deshalb braucht die Stadt sowohl neue Wohnungen als auch einen verantwortungsvollen Umgang mit dem vorhandenen Bestand. Im Wahlprogramm der SPD Berlin steht der Grundsatz: Wir bauen neu und erhalten, was da ist. Erhaltung bedeutet dabei auch Weiterentwicklung, sowohl beim Zustand als auch bei der Nutzung eines Gebäudes.

Wir wollen Bestandsgebäude stärker für neue Nutzungen des Wohnens, der Wissenschaft, der Forschung und der Wirtschaft aktivieren. Das spart Emissionen und schützt Ressourcen. Wir

setzen uns außerdem für ein Genehmigungsvorbehalt für Abrisse ein. Bei jeder Entscheidung sollen der gesamte Lebenszyklus und die ökologischen Folgen berücksichtigt werden.

Frage: Unterstützen Sie Instrumente wie die Stärkung des Instruments der „besonders erhaltenswerten Bausubstanz“, die Verpflichtung zu Abrissfolgenabschätzungen oder die Berücksichtigung grauer Energie bei Abrissentscheidungen?

Die SPD Berlin unterstützt den Grundsatz, dass ein Abriss nicht isoliert, sondern im Verhältnis zu Erhalt, Umbau und Neubau bewertet wird. Erforderlich ist stets eine ganzheitliche Betrachtung von Bau, Betrieb und Rückbau. Ein Neubau soll nur dann an die Stelle eines Bestandsgebäudes treten, wenn er ökologisch insgesamt weniger belastend ist.

2. Klimawende, Wärmewende und Denkmalschutz

Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Berliner Wärme und Energiewende denkmalgeschützte Gebäude, Ensembles und historische Stadtquartiere berücksichtigt?

Die Wärmewende muss sozial verträglich und mit dem Schutz wertvoller Bausubstanz verbunden werden. Die SPD Berlin setzt auf eine kommunale Wärmeplanung, die transparent macht, welche Wärmeversorgung in den einzelnen Quartieren langfristig möglich ist. Damit erhalten Eigentümer*innen, Mieter*innen und öffentliche Stellen eine verlässliche Orientierung.

Für denkmalgeschützte Gebäude und historische Quartiere braucht es Lösungen, die den jeweiligen baulichen und städtebaulichen Besonderheiten Rechnung tragen. Dafür wollen wir auskömmliche Förderkonditionen auch für denkmalgeschützte Gebäude etablieren. Energetische Sanierungen sollen nicht zu Verdrängung und drastischen Mietsteigerungen führen. Der Denkmalschutz soll das Alte bewahren und zugleich eine zeitgemäße Weiterentwicklung ermöglichen.

Frage: Halten Sie besondere Förder oder Planungsinstrumente für die Untersuchung und Bereitstellung denkmalverträglicher Energiekonzepte für erforderlich?

Ja. Die SPD Berlin setzt sich für ein Förderprogramm Klima und Mieterschutz ein. Es soll auch für denkmalgeschützte Gebäude ausreichende Förderkonditionen schaffen und energetische Sanierungen sozial absichern. Ergänzend muss die kommunale Wärmeplanung verlässliche Informationen für historische Quartiere bereitstellen. Die konkrete Ausgestaltung wollen wir im Dialog mit den Beteiligten weiterentwickeln.

3. Nachkriegsmoderne und junge Denkmale

Frage: Wie wollen Sie den Schutz und die Weiterentwicklung der Architektur der Nachkriegsmoderne und anderer junger Denkmale sichern?

Unabhängig vom Baualter eines Gebäudes gilt für die SPD Berlin der Grundsatz: Wir bauen neu und erhalten, was da ist. Bestehende Gebäude sollen weiterentwickelt und, wo möglich, für neue oder zeitgemäße Nutzungen eingesetzt werden. Das gilt für Gebäude der Nachkriegsmoderne und anderen denkmalgeschützte Gebäude, wenn sie städtebaulich, architektonisch oder sozial besondere Qualitäten besitzen.

4. Denkmalpflege und Beteiligung

Frage: Welche Maßnahmen planen Sie zur Stärkung der Denkmalpflege?

Die SPD Berlin bekennt sich zum Erhalt und zur Weiterentwicklung vorhandener Bausubstanz. Für die energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude sollen ausreichende Förderkonditionen geschaffen werden. Außerdem soll die Wärmeplanung verlässliche Grundlagen für die Entwicklung historischer Gebäude und Quartiere liefern.

Frage: Unterstützen Sie beispielsweise die Einrichtung unabhängiger Denkmalbeiräte in allen Berliner Bezirken und die stärkere Einbindung bürgerschaftlicher Initiativen in Planungs und Denkmalverfahren?

Die SPD Berlin will die Beteiligung der Stadtgesellschaft ausbauen. Eine stärkere Einbindung bürgerschaftlicher Initiativen entspricht diesem Beteiligungsansatz. Die Ausgestaltung von Denkmalbeiräten werden wir gemeinsam mit den Bezirken und Initiativen prüfen.

Frage: Wollen Sie, dass für bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung Räume zur Verfügung gestellt werden, wie beispielsweise die geschlossene „Stadtwerkstatt“ in der Torstraße?

Ja. Bürgerschaftliches Engagement braucht erreichbare und verlässliche Orte. Die SPD Berlin setzt sich für Beteiligung vor Ort ein und sichert die Büros für Bürgerbeteiligung in allen Bezirken. Zudem wollen wir kulturelle, soziale und nachbarschaftliche Orte in allen Stadtteilen erhalten und ausbauen. Dazu gehören bezahlbare Räume für Kultur, Begegnung und gemeinschaftliche Aktivitäten.

Frage: Wie stehen Sie zu partizipativen Verfahren im Bereich Stadtentwicklung und Denkmalpflege?

Die SPD Berlin unterstützt partizipative Verfahren. Beteiligung verbessert die Qualität und die Akzeptanz von Planungen, wenngleich sie keine fachliche Entscheidung ersetzt. Wir stehen für eine frühzeitige, verbindliche und inklusive Beteiligung. Das schließt Anwohner*innen, Nutzer*innen, Initiativen, Eigentümer*innen und Fachleute ein. Dazu wollen wir die Plattform „Mein Berlin“ weiterentwickeln und auch vor Ort mehr Dialog- und Informationsveranstaltungen anbieten. Die Büros für Bürgerbeteiligung werden eine größere Rolle spielen.

5. Bauwende und alternative Konzepte der Wohnraumversorgung

Frage: Welche Konzepte haben Sie für die Bauwende?

Für uns bedeutet die Bauwende: Mehr Wohnraum schaffen und zugleich sorgsamer mit dem umgehen, was bereits gebaut ist. Unser Wahlprogramm bringt das auf den Punkt: Wir bauen neu und erhalten, was da ist. Erhalt bedeutet dabei auch Weiterentwicklung – im Zustand und in der Nutzungsart.

Deshalb wollen wir vorhandene Gebäude und bereits versiegelte Flächen besser nutzen. Leerstehende Bürogebäude sollen mit einem neuen IBB-Förderprogramm zu Wohnungen umgebaut werden können – verbunden mit Mietpreisbindungen. Wir setzen stärker auf Umnutzung, Aufstockung und die Überbauung eingeschossiger Gebäude wie Supermärkte. Neue Flächenversiegelung wollen wir möglichst vermeiden und verfolgen das Ziel einer Netto-Null-Neuversiegelung.

Wo neu gebaut wird, wollen wir schneller, kostengünstiger und ressourcenschonender bauen: mit dem Gebäudetyp E, modularen Bauweisen, langlebigen, nachwachsenden und regional verfügbaren Baustoffen sowie energieeffizienten Gebäudetypen. Zugleich gilt für uns: Der Neubau darf nicht reflexartig mit dem Abriss noch nutzbarer Gebäude beginnen. Wir wollen Abrisse deutlich einschränken und bei der Entscheidung stärker den gesamten Lebenszyklus, den Ressourcenverbrauch und die Klimawirkung eines Gebäudes berücksichtigen.

Frage: Wie wollen Sie den Bestand an preiswerten Wohnungen sichern?

Der Erhalt von bezahlbarem Bestandswohnraum hat für uns Vorrang vor Abriss und Ersatzneubau. Wir wollen Abrisse deutlich stärker einschränken, Verwahrlosung konsequenter bekämpfen und die Bezirke mit einer Spezialeinheit Wohnraumschutz sowie einem Landesfonds für Ersatzvornahmen unterstützen.

Gleichzeitig stärken wir die dauerhaft soziale Bewirtschaftung durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Eigentümer. Mit dem geplanten Mieten- und Wohnungskataster, einer Leerstandsmeldepflicht und einem konsequenten Zweckentfremdungsschutz wollen wir verhindern, dass bestehender Wohnraum dem Markt entzogen wird.

Klimaschutz darf dabei nicht zur Verdrängung führen. Energetische Sanierung muss deshalb mit sozialer Förderung und Mieterschutz verbunden werden. Unser Ziel bleibt: Klimagerechte Gebäude, niedrigere Energiekosten und gleichzeitig dauerhaft bezahlbare Mieten

Frage: Mit welchen alternativen Konzepten können Sie sich vorstellen, der Wohnraumknappheit noch zu begegnen?

Wohnraum entsteht nicht nur durch neue große Bauvorhaben. Wir wollen deutlich stärker als bisher die Wohnraumpotenziale der gebauten Stadt nutzen. Dazu gehören die Umwandlung leerstehender Büros in Wohnungen, Aufstockungen und Dachgeschossausbauten, die Überbauung eingeschossiger Gebäude, die Aktivierung von Baulücken sowie leerstehenden Einkaufszentren und Ladenzeilen für standortbezogene Mischungen.

Gleichzeitig wollen wir den vorhandenen Wohnraum besser nutzen. Bei den landeseigenen Unternehmen erleichtern wir den Wohnungstausch und insbesondere den Wechsel aus einer zu großen in eine kleinere Wohnung, ohne dass dies an einem höheren Quadratmeterpreis scheitert. Eine gemeinsame Tauschbörse soll perspektivisch auch private Wohnungsunternehmen einbeziehen. Mit „Wohnen für Hilfe“ wollen wir zudem generationenübergreifende Wohnpartnerschaften fördern.

Weitere Bausteine sind die Förderung von Genossenschaften, die Unterstützung gemeinnütziger privater Bauherren und die Vergabe landeseigener Grundstücke an gemeinwohlorientierte Träger.

So kann zusätzlicher Wohnraum entstehen, ohne den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu schwächen.

Und wir wollen Eigentümer baureifer, aber unbebauter Grundstücke stärker in die Pflicht nehmen. Dazu gehören die Grundsteuer C und, wo notwendig, Baugebote.

Frage: Mit welchen Akteur*innen stehen Sie diesbezüglich im Austausch bzw. planen dies zu tun?

Eine Bauwende funktioniert nur gemeinsam. Für uns gehören dazu die landeseigenen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Träger ebenso wie private Bauherr*innen, die bereit sind, sich verlässlich an bezahlbarem Wohnungsbau zu beteiligen.

Genauso wichtig sind für uns Mieterinnenorganisationen, Architektinnen und Planerinnen, die Bauwirtschaft, die Bezirke, die IBB, Wissenschaft, soziale und kulturelle Träger sowie Initiativen aus den Quartieren. Gerade bei Umbau, Kreislaufwirtschaft, neuen Baustoffen und der Weiterentwicklung bestehender Gebäude wollen wir den Austausch mit diesen Akteurinnen vertiefen. Die Bauwende darf kein Gegeneinander von Neubau und Bestand sein, sondern muss beides sinnvoll miteinander verbinden. Wir führen dazu auch fortlaufend Gespräche mit Verbänden, Kammern und Initiativen und nehmen Ihre Anregungen gerne auf.

6. Boden, Liegenschafts und Gemeinwohlpolitik

Frage: Welche Rolle sollen Erbbaurechte, Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger künftig bei der Entwicklung öffentlicher Liegenschaften spielen?

Eine zentrale. Landeseigene Flächen sind ein strategisches Instrument der Stadtentwicklung und sollen langfristig dem Gemeinwohl dienen. Deshalb wollen wir geeignete öffentliche Grundstücke vorrangig für Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteure zur Verfügung stellen, sofern deren Projekte sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Zielen dienen.

Die SPD Berlin will landeseigene Grundstücke im Erbbaurecht oder nach vergleichbaren Modellen vergeben. Damit kann das Land Einfluss auf die langfristige Nutzung behalten und spekulative Entwicklungen begrenzen. Im Wahlprogramm sehen wir ausdrücklich vor, Erbbaurechte in der Förder- und Bewertungspraxis grundsätzlich wie Eigentum zu behandeln. Damit beseitigen wir einen wesentlichen Nachteil, den Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger bislang

bei der Finanzierung haben. Voraussetzung sind für uns eine dauerhafte Bestandshaltung und eine soziale Bewirtschaftung.

Genossenschaften wollen wir zur zweiten Säule unseres öffentlichen Wohnungsbauprogramms machen. Sie sollen durch bessere Finanzierung und Förderung in die Lage versetzt werden, mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Unser Ziel ist, dass künftig mehr als die Hälfte der neu entstehenden Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Unternehmen entsteht. Bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke zählen deshalb für uns dauerhafte Bezahlbarkeit, Nutzungskonzepte und gesellschaftlicher Mehrwert mehr als ein kurzfristig möglichst hoher Verkaufserlös.

II. Modellprojekte für die Stadt von morgen

7. SEZ Berlin

Frage: Welche Zukunftsperspektive sehen Sie für das SEZ?

Für das SEZ gibt es eine klare Beschlusslage der SPD Berlin. Wir wollen dort bezahlbares landeseigenes Wohnen mit Sport, sozialer Infrastruktur, Kultur und Angeboten für die Nachbarschaft verbinden. Das SEZ soll wieder ein lebendiger Ort werden, der weit mehr ist als ein reines Wohnungsbauprojekt.

Dabei gilt ausdrücklich: Einen vorschnellen Komplettabriss lehnen wir ab. Die SPD Berlin hat beschlossen, zu prüfen, in welchem Umfang die bestehende Bausubstanz und die Grundstruktur des SEZ erhalten werden können. Unser Grundsatz lautet: Was baulich gerettet werden kann, soll gerettet werden.

Ein besonderer Schwerpunkt der Nachnutzung sollte auf Sport und nachbarschaftliche Aktivitäten liegen. An der Erarbeitung der konkreten städtebaulichen Entwicklung und Ausgestaltung der Nachnutzung sollen Anwohnerinnen, Initiativen, Sportvereinen und Fachleuten in einem transparenten zeitlich klar begrenzten Beteiligungsverfahren mitwirken.

Frage: Halten Sie das Areal für einen geeigneten Modellstandort der IBA Berlin 2034 bis 2037?

Die SPD Berlin unterstützt die Vorbereitung der IBA Berlin 2034 bis 2037 und verbindet damit die Entwicklung nachhaltiger und sozial gemischter Stadtquartiere.

Aus dem Leitbild der urbanen Transformation der gebauten Stadt lässt sich ableiten, dass ein Standort mit Fragen von Bestandserhalt, Umbau, Sport, öffentlicher Infrastruktur und Ressourcenschutz grundsätzlich für eine vertiefte Prüfung geeignet sein kann. Eine verbindliche Zusage für das SEZ als IBA Standort kann daraus nicht abgeleitet werden. Wir nehmen Ihre Anregungen dazu als wichtigen Prüfauftrag mit.

8. WOGA Komplex

Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass der WOGA Komplex und ähnliche Ensembles von herausragender stadt und architekturgeschichtlicher Bedeutung vor schleichender Entwertung durch Überplanung, Nachverdichtung oder tiefgreifende Eingriffe geschützt werden?

Der allgemeine Grundsatz der SPD Berlin lautet, dass Berlin neu baut und zugleich erhält, was da ist. Bei bedeutenden Ensembles müssen Erhalt, Weiterentwicklung und eine angemessene Nutzung zusammen gedacht werden. Überplanung, Nachverdichtung oder bauliche Eingriffe dürfen die städtebauliche und architektonische Gesamtwirkung nicht schleichend beeinträchtigen.

Deshalb können wir auf dieser Grundlage keine verbindliche Aussage zu einem bestimmten Planungs oder Genehmigungsverfahren treffen. Dazu bleiben wir gerne mit Ihnen im Gespräch.

9. Neue Mitte Tempelhof

Frage: Welche Position vertreten Sie zu den Abrissplanungen des Senats?

Frage: Unterstützen Sie einen Erhalt und gegebenenfalls eine Sanierung dieser Gebäude?

Frage: Sind Sie bereit, die Abrissplanungen des Senats zu stoppen und durch eine erhaltungsorientierte Planung zu ersetzen?

Wir unterstützen das Gesamtprojekt Neue Mitte Tempelhof. Dort sollen bezahlbare Wohnungen, ein neues Stadtbad, Kultur- und Bildungsangebote, moderne öffentliche Dienstleistungen und eine leistungsfähige soziale Infrastruktur entstehen. Wir sind bereit bestimmte Einzelfragen zu diskutieren. Dieses für Tempelhof wichtige Vorhaben wollen wir aber nicht grundsätzlich infrage stellen.

10. Denkmalgeschützte Siedlungen

Frage: Welche Maßnahmen können Sie sich vorstellen, hier geeignete Lösungen zu befördern?

Denkmalgeschützte Siedlungen brauchen bei der Wärmewende passgenaue Lösungen statt pauschaler Vorgaben. Die kommunale Wärmeplanung muss deshalb für jedes Quartier frühzeitig deutlich machen, ob langfristig Fernwärme, ein quartiersbezogenes Wärmenetz oder dezentrale Lösungen sinnvoll sind.

Gerade bei denkmalgeschützten Gebäuden wollen wir stärker auf Quartierslösungen setzen. Gemeinsame Wärmenetze, Wärmepumpen in Verbindung mit Speichern, Geothermie oder andere gebäudeübergreifende Lösungen können technisch, gestalterisch und wirtschaftlich sinnvoller sein als Einzelmaßnahmen an jedem Gebäude.

Für die energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude will die SPD Berlin ausreichende Förderkonditionen schaffen. Dazu gehört das geplante Förderprogramm Klima und Mieterschutz. Es soll Sanierungen ermöglichen, ohne Mieter*innen durch stark steigende Kosten zu verdrängen.

Ergänzend braucht es eine kostenfreie und niedrigschwellige Energie und Wärmeberatung. Eigentümer*innen, Wohnungsunternehmen und Bewohner*innen sollen frühzeitig erfahren, welche technischen und finanziellen Lösungen für das jeweilige Ensemble in Betracht kommen.

11. Tempelhofer Flughafen und Tempelhofer Feld

Frage: Welches Konzept verfolgen Sie hinsichtlich des Flughafengebäudes bzw. des Feldes?

Unser Wahlprogramm trifft hierzu eine klare Aussage. Das Tempelhofer Feld ist für uns ein besonderer Ort für Klima, Bewegung und soziales Miteinander. Wir wollen es in seiner heutigen Funktion erhalten und behutsam weiterentwickeln. Verbesserungen sollen insbesondere die Aufenthaltsqualität, die ökologische Qualität und die Nutzbarkeit für die Berliner*innen betreffen.

Eine Wohnbebauung des Feldrands kommt für uns nicht in Betracht, solange vorhandene Baupotenziale an anderer Stelle in Berlin ungenutzt sind. Vorrang hat die Nutzung bereits bestehender Potenziale.

Gleichzeitig wollen wir das Umfeld des Flughafengebäudes stärker entwickeln. Dort soll landeseigener und genossenschaftlicher Wohnungsbau entstehen, ohne in das Tempelhofer Feld einzugreifen. Das Flughafengebäude selbst wollen wir neu beleben, stärker öffnen und für vielfältige Nutzungen zugänglich machen. Für uns gehören Denkmalschutz, öffentliche Nutzung, Kultur, Wirtschaft und soziale Angebote an diesem herausragenden Ort zusammen.

Frage: Wie stehen Sie zum Instrument des Bürgerentscheids und dessen Gültigkeit?

Direkte Demokratie schafft einen besonderen politischen Auftrag. Beim Tempelhofer Feld handelt es sich um den Volksentscheid von 2014. Sein Ergebnis ist für uns der politische Ausgangspunkt jeder weiteren Entwicklung.

Unser Wahlprogramm 2026 hält deshalb an der zentralen Aussage fest: Das Feld soll in seiner heutigen Funktion erhalten bleiben, eine Wohnbebauung des Feldrands steht derzeit nicht zur Debatte.

Wo gesetzliche Anpassungen notwendig sind, um beispielsweise die Aufenthaltsqualität zu verbessern oder das Feld behutsam weiterzuentwickeln, müssen diese transparent begründet, demokratisch entschieden und mit einer umfassenden Beteiligung der Berliner*innen verbunden werden.

Frage: Wie stehen Sie zu weiteren Privatisierungen öffentlicher Räume, speziell wenn diese auch als Sozialorte oder Veranstaltungsflächen genutzt werden?

Öffentlicher Raum ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Plätze, Parks, Kultur- und Veranstaltungsorte sind Orte der Begegnung und müssen grundsätzlich für die Stadtgesellschaft zugänglich bleiben.

Deshalb lehnen wir Privatisierungen oder dauerhafte exklusive Nutzungen ab, wenn dadurch öffentliche Zugänglichkeit, soziale Funktionen oder gemeinwohlorientierte Nutzungen verdrängt werden. Kultur, Sport, Nachbarschaft, politische Teilhabe und nichtkommerzielle Veranstaltungen brauchen verlässliche und bezahlbare Räume. Grundsätzlich setzen wir uns als Berliner SPD für eine Privatisierungsbremse in der Berliner Landesverfassung ein.

All das schließt zeitlich begrenzte Veranstaltungen, Gastronomie oder andere ergänzende gewerbliche Nutzungen nicht grundsätzlich aus. Sie müssen sich aber in ein gemeinwohlorientiertes Gesamtkonzept einfügen. Die Nutzung des öffentlichen Raums darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

12. Bogensee und Kulturerbe der Hauptstadtregion

Frage: Was halten Sie von diesem Konzept bzw. welche Zukunftsperspektive sehen Sie für das Areal Bogensee?

Bogensee ist kein gewöhnliches Immobilienprojekt. Der Ort verbindet die Geschichte des Nationalsozialismus mit der Geschichte der DDR und damit zwei Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts. Zugleich handelt es sich um ein bedeutendes denkmalgeschütztes Ensemble im Eigentum des Landes Berlin. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung.

Unser Ziel muss deshalb sein, den fortschreitenden Verfall zu stoppen und eine dauerhafte Nutzung zu entwickeln, die Denkmalschutz, Erinnerungskultur und wirtschaftliche Tragfähigkeit miteinander verbindet. Eine reine Verwertungsperspektive wird diesem Ort ebenso wenig gerecht wie ein dauerhafter Leerstand.

Das vorgeschlagene Akademiekonzept nehmen wir als Anregung gerne in die weitere Diskussion mit. Die konkrete Ausgestaltung wollen wir im Dialog mit den Beteiligten weiterentwickeln.

Frage: Halten Sie Bogensee für einen geeigneten Modellstandort der IBA Berlin 2034 bis 2037 beziehungsweise der Hauptstadtregion?

Die SPD Berlin unterstützt die Vorbereitung der IBA Berlin 2034 bis 2037 und setzt auf nachhaltige Transformation, Bestandserhalt und eine soziale Entwicklung der Stadt.

Die Zusammenarbeit mit Brandenburg wird grundsätzlich als wichtig beschrieben. Daraus folgt aber keine konkrete Entscheidung für Bogensee. Wir nehmen Ihre Anregungen dazu als wichtigen Prüfauftrag mit.

Frage: Welche Schritte würden Sie unternehmen, um den Erhalt des Ensembles und eine nachhaltige Nutzungsperspektive zu sichern?

Zunächst muss verhindert werden, dass durch weiteren Leerstand weitere Gebäudeteile verloren gehen. Der Brand Anfang 2026 hat noch einmal deutlich gemacht, dass Sicherung und Nutzung nicht beliebig lange aufgeschoben werden können. Notwendige Sicherungsmaßnahmen und ein belastbares Erhaltungs- und Sanierungskonzept haben deshalb Priorität.

Parallel sollte die laufende Perspektivstudie genutzt werden, um gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Gemeinde Wandlitz, dem Landkreis Barnim, der BIM, Denkmalpflege, Wissenschaft, Erinnerungskultur und möglichen zukünftigen Trägern ein tragfähiges Nutzungskonzept zu entwickeln. Dabei sollte nicht allein der höchste finanzielle Ertrag, sondern die Qualität und Dauerhaftigkeit des Konzepts entscheiden.

Wir können uns eine schrittweise Aktivierung vorstellen: zunächst Sicherung und Zwischennutzungen, anschließend die Sanierung und dauerhafte Nutzung einzelner Teile des Ensembles. Dafür müssen auch Bundes- und EU-Fördermöglichkeiten sowie eine mögliche Einbindung in die IBA geprüft werden. Wenn ein externer Träger eingebunden wird, sollte geprüft werden, dass Berlin möglichst Eigentümer bleiben kann und langfristige Nutzungsbindungen beispielsweise über ein Erbbaurechtsmodell gesichert werden können.

Unser Ziel ist: Bogensee darf weder verfallen noch seiner Geschichte entledigt werden. Aus einem schwierigen Erbe kann ein Ort demokratischer Bildung und europäischer Erinnerungskultur werden.

Über die konkrete Abfolge der Schritte für Bogensee ist noch nicht abschließend entschieden. Dazu bleiben wir gerne mit Ihnen im Gespräch.

//

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

